



Foto: Hendrik Grzebatzki

Verkehrspolitisches Unternehmergespräch in Duisburg

Staatssekretär Enak Ferlemann stand Rede und Antwort

Wichtige Infrastrukturprojekte am Niederrhein standen am 13. April beim Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann, auf der Agenda. In der IHK-Hauptgeschäftsstelle stand er Unternehmen Rede und Antwort zur Finanzierung der Infrastruktur, dem Umgang mit Umweltzonen und zum Verkehrskonzept der Bundesregierung.

„Damit der Niederrhein in Zukunft auch seine Rolle im gesamtwirtschaftlichen Gefüge erfolgreich spielen kann, muss diese Infrastruktur ständig weiterentwickelt werden. Dies auch mit Blick auf das enorme Verkehrswachstum, das uns bevorsteht.“ Mit diesen Worten hatte IHK-Präsident Burkhard Landers zu Beginn der Veranstaltung die Bedeutung einer intakten Verkehrsinfrastruktur für die Logistikregion Niederrhein hervorgehoben.

Wesentlich seien die Weiterführung der Betuwe-Linie auf deutscher Seite zur Anbindung des Seehafens in Rotterdam, der Eiserne Rhein als zweigleisig elektrifizierte Güterbahn entlang der A 52 zur Anbindung von Antwerpen, der Rhein-Ruhr-Express sowie der sechsspurige Ausbau der A 57. Große Sorge mache der Wirtschaft die unzureichende Finanzierung dieser Projekte. Eine stärkere Orientierung am tatsächlichen Bedarf und nicht nach dem Gießkannenprinzip müsse Leitlinie für die künftige Priorisierung von Vorhaben sein, so Landers.

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sehe vor, so Ferlemann, dass eigene Finanzierungskreisläufe - Verkehr finan-

ziert Verkehr - zunächst für die Straße geschaffen werden. Dies bedeute, dass Einnahmen aus der Lkw-Maut komplett in den Straßenausbau fließen müssten, was bisher nicht der Fall sei. Damit würde dann ein Einstieg in die Nutzerfinanzierung geschaffen. Die Einführung einer Pkw-Maut stünde hingegen nicht an.

Aufgeschlossen zeigte sich Ferlemann gegenüber der Möglichkeit, Eisenbahninfrastruktur als Public-Private-Partnership (PPP) zu realisieren. Der Eiserne Rhein eigne sich für einen solchen Ansatz, der bisher aber noch nicht in Deutschland realisiert wurde. Beim Straßenbau würden PPP-Projekte bereits mit Erfolg durchgeführt, weil schneller und kostengünstiger gebaut werde. Ohne eine Vereinbarung mit Belgien und den Niederlanden sei hier aber nicht mit einem Fortschritt zu rechnen.

Dass die Umweltzonen in Deutschland zu einem Flickenteppich an Ausnahmegenehmigungen und speziellen Regelungen geführt haben, daraus machte der Gast aus Berlin keinen Hehl. Die Bundesregierung werde sich bemühen, eine Harmonisierung zumindest im Bereich der Ausnahmegenehmigungen zu schaffen.

Weitere Einschränkungen befürchtet die Wirtschaft durch die Pflicht zahlreicher Städte, Lärmaktionspläne aufzustellen. Die Bundesregierung sei auch angetreten, so der Staatssekretär, um das überbordende Planungsrecht zu überprüfen, damit schnelle und günstigere Lösungen erzielt werden könnten. ●